

Änderungsantrag

des Abgeordneten Reents und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1985

hier: Einzelplan 05

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

— Drucksachen 10/1800 Anlage, 10/2305, 10/2330 —

Der Bundestag wolle beschließen:

1. In Kapitel 05 02 – Allgemeine Bewilligungen – wird der Titel 686 22 – NATO-Verteidigungshilfe – gestrichen.

Begründung

Der bezeichnete Titel dient der weiteren militärischen Aufrüstung insbesondere in Südost- und Süd-Europa durch Hilfsmaßnahmen seitens der Bundesrepublik Deutschland. Im Interesse einer Umkehrung der Aufrüstungsspirale und im Interesse der Verhinderung des Entstehens weiterer militärischer Konfliktregionen, sind diese Beträge zu streichen.

Im Falle der Ablehnung dieses Antrages wird hilfsweise ein Antrag auf Herausnahme der an die Türkei beabsichtigten Zahlungen aus diesem Titel beantragt.

Für den Fall der Ablehnung des Antrags unter Nummer 1:

2. Der Titel 686 22 – NATO-Verteidigungshilfe – in Kapitel 05 02 wird um den Betrag gekürzt, der für Lieferungen an die Türkei vorgesehen ist.

Begründung

Die NATO-Verteidigungshilfe an die Türkei trägt dazu bei, ein Regime zu stabilisieren, auf dessen Visitenkarte nach wie vor Kriegerrecht, Verhängung von Ausnahmezuständen, Folter und Mißhandlung von Gefangenen, Todesurteile, systematische Unrechtsprechung, Pressezensur, Wahlausschließungen, Parteienverbote und Nichtzulassung unabhängiger Gewerkschaften stehen. Die NATO-Verteidigungshilfe ermuntert das türkische Regime dazu, mit dieser Politik fortzufahren.

Darüber hinaus stellt diese NATO-Verteidigungshilfe mittlerweile eine direkte Unterstützung der Bundesregierung für den türkischen Krieg gegen die um ihre Autonomie kämpfenden

Kurden in der Südosttürkei dar. Die Bundesregierung bestreitet zwar, daß es sich dabei um einen regulären Krieg handelt, und profitiert in ihrer Haltung davon, daß dieser Krieg in den Medien wenig Beachtung findet und das türkische Regime auch eine Nachrichtensperre über die gesamte betroffene Region verhängt hat; der türkische Staatspräsident Evren hat indes selbst von einem „Krieg“ gesprochen.

Die Fortleistung der NATO-Verteidigungshilfe durch die Bundesregierung setzt sich im übrigen auch in krassen Widerspruch zum Europäischen Parlament, das kürzlich die Einstellung der Türkei-Hilfe beschlossen hat.

Bonn, den 26. November 1984

Reents

Schoppe, Dr. Vollmer und Fraktion